Egg, Hettlingen und Niederglatt, 9. November 2026

KR-Nr. 426/2026

A N F R A G E von Tobias Infortuna (SVP, Egg), Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen) und Stefan Schmid (SVP, Niederglatt)

Betreffend Islamismus und Dschihadismus: Einflussnahme auf die Zürcher Volksschule

---

Die Volksschule erfüllt neben ihrem Bildungsauftrag eine zentrale Integrationsfunktion. Sie vermittelt grundlegende Kenntnisse, Werte und Kompetenzen, fördert das Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen und trägt zur Chancengleichheit sowie zur gesellschaftlichen Integration bei. Gleichzeitig sehen sich Schulen regelmässig mit religiös begründeten Anliegen und Forderungen konfrontiert.

Dabei geht es unter anderem um Dispensationsgesuche, die Teilnahme an Schulveranstaltungen, Klassenlagern, Schwimm- und Sportunterricht, Bekleidungsvorschriften, religiöse Feiertage oder Fragen des Zusammenwirkens von Schule und Elternhaus. Solche Themen können Spannungsfelder zwischen Religionsfreiheit, dem staatlichen Bildungsauftrag, der Gleichstellung der Geschlechter sowie dem Integrationsauftrag der Schule schaffen.

Von Interesse ist daher, welche Entwicklungen der Regierungsrat in diesem Bereich beobachtet, wie sich die Zahl und Art entsprechender Fälle entwickelt haben und ob bestehende Regelungen aus Sicht des Regierungsrates ausreichend sind, um Schulen und Schulbehörden Handlungssicherheit zu geben.

Daher wird der Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Welche religiös begründeten Gesuche, Forderungen oder Konfliktfälle im Zusammenhang mit dem Islam treten an den Volksschulen und weiterführenden Schulen des Kantons Zürich am häufigsten auf? Davon gesondert: Welche Fälle islamistischer Einflussnahme oder Einschüchterung von Schülern und Lehrpersonen sind bekannt und welche Massnahmen wurden dagegen ergriffen?

2. Wie haben sich Anzahl und Art solcher Fälle in den vergangenen zehn Jahren entwickelt?

3. In welchen Bereichen mussten Schulen ihre Praxis, Abläufe oder Angebote aufgrund entsprechender Anliegen anpassen oder überprüfen?

4. Welche Vorgaben bestehen hinsichtlich Schwimm- und Sportunterricht, Klassenlagern, Schulveranstaltungen, Bekleidungsvorschriften und religiös motivierten Dispensationsgesuchen? Wie wird die Einhaltung der verbindlichen Vorgaben durchgesetzt und welche Folgen haben Verstösse?

5. Wie beurteilt der Regierungsrat mögliche Spannungsfelder zwischen religiös begründeten Forderungen einerseits und den Zielen der Integration, Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie der Teilnahme am obligatorischen Unterricht andererseits?

6. Sieht der Regierungsrat zusätzlichen Unterstützungs- oder Regelungsbedarf für Schulen und Schulbehörden?

Tobias Infortuna
Tobias Weidmann
Stefan Schmid